



**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

Eigentlich wollten wir an dieser Stelle über eine Reihe weitreichender Entscheidungen wie die Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes und die Einigung auf höhere Renten für Erwerbsgeminderte mit unserem Koalitionspartner berichten.

Stattdessen sind wir nun aber zutiefst schockiert und erschüttert angesichts des möglichen Anschlags auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche in Berlin. Die Sicherheitsbehörden hatten zu Redaktionsschluss noch keine Klarheit über Hintergründe der Tat. Unsere Gedanken sind in diesem Moment bei den Angehörigen der Opfer.

Trotz - oder gerade angesichts schwieriger Zeiten wünschen wir Ihnen allen eine frohe und erholsame Weihnachtszeit und ein gutes Neues Jahr 2017.

Ihr Florian Post und Ihre Claudia Tausend

## NEWS TICKER

- **Mehr Geld für Bundespolizei und THW** SPD schafft fast 2.000 neue Stellen für 2017
- **Bundesteilhabegesetz beschlossen** Große sozialpolitische Reform
- **Hildegard Hamm-Brücher** Trauer in ganz Deutschland
- **Höhere Renten** für Erwerbsgeminderte und Ost-West Angleichung

### Trump und die Folgen

Der Brexit, zweistellige AfD-Ergebnisse bei Landtagswahlen, das gescheiterte Verfassungsreferendum in Italien und Donald Trump im Weißen Haus: Dieses Jahr wurden die westlichen Länder von einer Welle des Populismus regelrecht überrollt.

Wir können bisher nicht absehen, wie ein Präsident Trump sich nach seiner Amtseinführung am 20. Januar 2017 tatsächlich verhalten wird. Es scheint, als würde er bereits jetzt einige seiner teils uneinlösbaren Wahlversprechen zurücknehmen oder abmildern.

Es ist möglich, dass sein unberechenbares Verhalten vom Amt gezähmt wird. Sicher aber ist: Vieles wird schwieriger werden. Sicherheit und Frieden werden in Zukunft viel stärker von uns selbst abhängen als von den USA. Noch wichtiger als zuvor wird

Fortsetzung von S.1

es sein, ein geeintes Europa zu bewahren.

Auch abseits der Außenpolitik ist die US-Wahl eine Warnung an uns. Sigmar Gabriel sagte dazu: „Wir sind Zeitzeugen einer Neuvermessung der Welt.“ Die USA sind nicht Deutschland, aber es gibt einige Anknüpfungspunkte: Viele Trump-Wähler fühlen sich abgehängt, in den Medien nicht repräsentiert und von der Politik ignoriert. Sie haben Angst vor den rasanten Umwälzungen durch Globalisierung, Digitalisierung und Migration. Dies trifft auch auf viele AfD-Anhänger zu. Umfragen zeigen, dass Trump-Wähler kein Vertrauen haben, dass Trump ihre Probleme lösen kann – ähnlich bei der AfD: Nur 3 Prozent der AfD-Wähler in Sachsen-Anhalt sprechen der AfD eine

Problemlösungskompetenz zu, in Thüringen sind es fünf Prozent und in Sachsen sieben Prozent. Vielen geht es um Protest, darum, gehört zu werden. Donald Trump nannte diese Menschen am Wahlabend „the forgotten men and women“.

Wir als SPD müssen ehrlich zu uns sein: Manche dieser Menschen haben wir verloren. Aber wir sind auch die einzige Partei, die sie wieder zurückgewinnen kann. Hinter diesem Protest liegt ein tiefes Gefühl des Abgehängtseins und der sozialen Ungerechtigkeit.

Wir haben die Vorschläge dagegen. Wir müssen die sozialen Härten der Globalisierung besser abfedern und gegen die soziale und finanzielle Spaltung des Landes ankämpfen. Und wir müssen mit aller Kraft gegen

vereinfachende Antworten, gegen Rassismus und antidemokratisches Gedankengut, und für unsere sozialdemokratischen Werte einstehen.

Wir sind dabei nicht allein. Direkt nach der Wahl in den USA traten tausende meist junge Menschen in die SPD ein.

Auch in München verzeichnen wir dutzende Neumitglieder, die schockiert sind von den Erfolgen des Rechtspopulismus und in der SPD die schlagkräftigste Antwort sehen. Sie wollen zusammen mit uns gegen rechte Hetze und für eine gerechte Gesellschaft in Freiheit für alle kämpfen. In zehn Monaten ist Bundestagswahl – und mehr denn je brauchen wir eine starke Sozialdemokratie in Deutschland.

## Mehr Geld für Bundespolizei und THW

**Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in seiner Schlussberatung des Haushalts 2017 auf Initiative der SPD eine Reihe von guten Entscheidungen gefällt.**

Zusätzlich zu den 270 Stellen aus dem Regierungsentwurf haben wir uns erfolgreich für weitere 700 Stellen bei der **Bundespolizei** eingesetzt. Damit werden im Rahmen von Sicherheitspaket I und II im nächsten Jahr insgesamt fast 2.000 neue Stellen geschaffen.

Diese dienen zur Verstärkung des grenzpolizeilichen Dienstes, der Flughafen- und Bahnpolizei, der Aus- und Fortbildung und zur Entlastung des Vollzugsdienstes sowie zur Stärkung von Verwaltung und Informations- und Kommunikationstechnik. Darüber hinaus schaffen wir

die notwendigen Stellen zum deutschen Anteil der neuen Bereitschaftseinheit von FRONTEX. Ebenfalls soll es eine neue Direktion „Spezialkräfte“ geben. Wichtig ist uns Sozialdemokraten aber immer, auch etwas für all jene zu tun, die schon da sind: Wir konnten zudem ein Programm mit 1.000 Hebungungen durchsetzen. Das schafft Beförderungsmöglichkeiten für unsere Polizeibeamten/innen. Der Fahrzeugbestand im **THW** ist größtenteils überaltert. Daher haben wir ein Fahrzeugprogramm mit einem Volumen in Höhe von 100 Mio. Euro (bis 2023) durchgesetzt. Damit wir an der ehrenamtlichen Struktur des THW festhalten können, wird es im kommenden Jahr eine Kampagne zur Helfer- und Nach-

wuchsförderung geben – ausgestattet mit 3,2 Mio. Euro statt wie ursprünglich vorgesehen lediglich 200.000 Euro.

Zur Unterstützung und Entlastung der Ehrenamtlichen haben wir zusätzliche 150 neue hauptamtliche Stellen geschaffen. Mit dem 2015 beschlossenen Bau- und Sanierungsprogramm für marode THW-Unterkünfte in Höhe von 27 Mio. Euro (2015-2018), einer dauerhaften Erhöhung der Selbstbewirtschaftungsmittel um 8 Mio. Euro (2016), dem nun beschlossenen Fahrzeugprogramm, dem Stellenaufwuchs mit 358 zusätzlichen Stellen (2016/2017) und den 167,5 Stellenhebungen (2017) hat die SPD diese Legislaturperiode damit zu der wohl besten und erfolgreichsten für das THW machen können!

## Neue Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ als Chance für das Bauen in München

**Ende November hat das Bundeskabinett eine Novellierung des Baurechts und die Einführung der neuen Gebietskategorie „Urbanes Gebiet“ beschlossen.** Kommunen sollen künftig mehr Spielraum für lokale Lösungen zur Erschließung von neuem Bauland haben und das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe soll erleichtert werden. Auch für München kann das Gesetz neue Chancen beim Bauen bieten. Mit dem Beschluss des Bundeskabinetts zum „Neuen Zusammenleben in der Stadt“ wird das Baugesetzbuch an die geänderte Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung angepasst und eine neue Baugebiete-Kategorie „Urbane Gebiete“ eingeführt. Kernidee des „Urbanen Gebiets“ ist eine Stadt der kurzen Wege, mit Arbeitsplätzen vor Ort und einer guten sozialen Mischung im Quartier. Städte und Kommunen sollen künftig

verbesserte Möglichkeiten der Nachverdichtung in Innenstädten erhalten und es wird eine höhere Bebauungsdichte möglich sein, um zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. In München ist der Platz für das Bauen rar, zunehmend konkurrieren Wohnen und Gewerbe um bebaubare Flächen. Mit der neuen Gebietskategorie des „Urbanen Gebiets“ soll es bald möglich sein, das Potenzial zur Aufstockung besser auszunutzen. So könnte nachverdichtet und gleichzeitig Grün- und Freiflächen erhalten werden. Außerdem könnte das Gewerbe besser in die Stadtteile integriert werden, was nicht nur die Viertel belebt und das Angebot etwa an Handwerk und Dienstleistungen aufwertet, sondern auch Arbeitswege verkürzen und damit den Verkehr reduzieren würde. Das Gesetz regelt zudem, dass künftig Bauvorhaben beschleunigt werden

können, die sich an im Zusammenhang bebaute Ortsteile anschließen. Hier hat die SPD-Bundestagsfraktion eine Befristung bis 2019 durchgesetzt. Darüber hinaus regelt das Gesetz, dass Ferienwohnungen künftig als nicht störende Gewerbebetriebe anzusehen sind, soweit sie nicht als Betriebe des Beherbergungsgewerbes einzuordnen sind. Mit dieser Änderung werden Unsicherheiten für Ferienwohnungsbetreiber und Kommunen im Zusammenhang mit der Genehmigung von Ferienwohnungen vor allem in reinen und allgemeinen Wohngebieten beseitigt. Desweiteren erhalten Gemeinden, die besonders durch den Fremverkehr geprägt sind, erweiterte Möglichkeiten, die Bildung von Zweitwohnungen unter einen Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Auf diese Weise wird verhindert, dass Wohnraum vor Ort dem Markt entzogen wird.

## Mehr Geld für Migrationsdienste

**Mit der großen Zahl der nach Deutschland eingewanderten Menschen steigt nicht nur die Nachfrage nach Integrationskursen, sondern auch nach Beratungs- und Betreuungsangeboten, die den Eingliederungsprozess unterstützen.** Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat die SPD durchgesetzt, dass diese Mittel um 36 Mio. Euro gegenüber dem Regierungsentwurf steigen. Der Haushaltsausschuss hat jetzt auf Initiative der SPD ein wichtiges Signal für Alle gesetzt, die für eine erfolgreiche Integration auf gute Beratungsangebote angewiesen sind. Auch für die Wohlfahrtsverbände ist der Beschluss eine gute Nachricht. Nachdem im vergangenen Jahr insbesondere die „Erstversorgung“ der Zugewanderten und Schutzsuchenden

im Fokus gestanden hat, verlagert sich der Schwerpunkt nun weiter auf den Integrationsbereich. Bei der Integration von Geflüchteten leisten die zahlreichen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen der Wohlfahrtsverbände wertvolle Arbeit. Deshalb freuen wir uns, dass die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege auch nächstes Jahr wieder zusätzliche Mittel in Höhe von 8 Mio. Euro erhalten, davon 6 Mio. Euro speziell für die Beratung und Betreuung von Geflüchteten. Damit ist auch eine weitere Förderung der psychosozialen Therapie- und Folteropferzentren, die sich um traumatisierte Flüchtlinge kümmern, gesichert. Ebenso haben wir durchgesetzt, 15 Mio. Euro für Bildungsberatung und

Sprachkursangebote für hochschulorientierte Flüchtlinge, die das Finanzministerium zunächst nicht fortschreiben wollte, zu verstetigen. Die vielschichtigen Angebote der Jugendmigrationsdienste wurden bereits in den vergangenen beiden Jahren ausgebaut. Nun ist es uns erneut gelungen, die Mittel gegenüber dem Regierungsentwurf um 8 Mio. Euro zu erhöhen. Die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer leistet einen wichtigen Beitrag bei praktischen Fragen der Integration. Nach dem Aufwuchs von 10,5 Mio. Euro im letzten Jahr konnten wir in unseren Gesprächen mit der Union eine Erhöhung um weitere 5 Mio. Euro erreichen. Damit können noch einmal ca. 70 neue Beraterstellen geschaffen werden.

## Bundesteilhabegesetz beschlossen

**Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der SPD mit dem Bundesteilhabegesetz eine der großen sozialpolitischen Reformen verabschiedet.**

Die SPD-Fraktion ermöglicht so, mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen. Im parlamentarischen Verfahren griff sie viele Anregungen von Verbänden und Betroffenen auf und brachte insgesamt 68 Änderungsanträge zum Entwurf ein.

### **Neuordnung der Leistungen**

Ein zentrales Anliegen war es, die Eingliederungshilfe klar von den Leistungen zum Lebensunterhalt zu trennen. Die bisherige Eingliederungshilfe wird darum aus dem Fürsorgesystem der Sozialhilfe herausgelöst. Die neuen Zugangskriterien orientieren sich an dem Verständnis

von Behinderung der UN-Behindertenrechtskonvention. Nicht mehr Defizite der Person, sondern Einschränkungen an der gesellschaftlichen Teilhabe entscheiden über Leistungen. Der Kreis der Leistungsberechtigten wird dadurch aber nicht eingengt. Die Zugangsregelungen werden ab dem Jahr 2023 nach einer Erprobung einer erneuten wissenschaftlichen Untersuchung und neu gefasst. Außerdem stärkt das neue Gesetz das Wunsch- und Wahlrecht bei Wohnform und Assistenzleistungen.

### **Mehr finanziellen Freiraum für die Betroffenen**

Bundessozialministerin Andrea Nahles hat erreicht, dass Menschen mit Behinderungen künftig mehr Geld sparen können. Denn mit dem Bundesteilhabegesetz kommt es zu

erheblichen Verbesserungen bei der Anrechnung von Einkommen und Vermögen. Menschen mit Behinderungen, ihre Ehe- oder Lebenspartnerinnen und -partnern erhalten so mehr finanziellen Spielraum. Das stärkt zudem die Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit. Für Bezieher von Eingliederungshilfe wird sich der Schonbetrag bereits im kommenden Jahr auf 27.600 Euro verzehnfachen und im Jahr 2020 weiter auf rund 50.000 Euro ansteigen. Vermögen und Einkommen eines Partners oder einer Partnerin werden künftig nicht mehr angerechnet.

**Florian Post und Claudia Tausend sehen in dem Gesetz einen wichtigen Schritt für mehr Teilhabe. In München leben 140.000 Menschen, die eine anerkannte Schwerbehinderung haben.**

## Höhere Renten für Erwerbsgeminderte und Ost-West Angleichung

**Damit unser Rentensystem für alle Generationen verlässlich und finanzierbar bleibt, braucht es einen mutigen Sprung nach vorne.**

Beim Koalitionsausschuss in der vergangenen Woche haben sich CDU und CSU leider nicht durchringen können, unseren Vorschlag für eine umfassende Rentenreform mitzutragen. Trotzdem ist es uns zusammen mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gelungen, neben der zügigen gesetzlichen Stärkung der Betriebsrenten weitere Fortschritte bei der Rente mit unserem Koalitionspartner zu vereinbaren.

Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr oder nur noch eingeschränkt arbeiten kann, muss

sich auf die Solidargemeinschaft verlassen können. Daher haben wir weitere Verbesserungen bei der Rente wegen Erwerbsminderung durchgesetzt. Davon profitieren künftig jährlich über 170.000 Personen, die neu eine Rente für Erwerbsgeminderte beziehen.

Die Zurechnungszeit wird stufenweise um weitere drei Jahre bis 2024 von heute 62 Jahre auf 65 Jahre verlängert. Erwerbsgeminderte werden bei der Rente im Ergebnis dann so gestellt, als ob sie mit ihrem bisherigen durchschnittlichen Einkommen bis zum 65. Lebensjahr gearbeitet hätten. Dies führt zu einer spürbaren Anhebung der Renten für Erwerbsgeminderte und ist ein entscheidender Schritt gegen Altersarmut.

Der Koalitionsausschuss hat sich außerdem auf eine gesetzlich geregelte vollständige Angleichung der Renten in Ost und West verständigt. Diese soll in innerhalb der nächsten beiden Legislaturperioden in sieben Schritten ab 1. Juli 2018 vollzogen werden.

**Im Ergebnis wird es dann keine Unterschiede mehr bei der Rentenberechnung in den alten und neuen Bundesländern geben.** Dafür haben wir seit Jahren gekämpft. Und auch wenn wir uns für ein zügigere Angleichung ausgesprochen haben: Der nun gefundene Kompromiss ist fair – sowohl für die Rentnerinnen und Rentner als auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## Mitglieder-Boom bei der Münchner SPD

**Unter dem Hashtag #Gegenhalten reagiert die SPD auf die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten.**

„Gegen Populismus muss man eintreten!“ lautet die Devise. Tatsächlich stapeln sich auch in der Parteizentrale am Oberanger die neuen Parteibücher. **In der Woche nach der US-Wahl traten 32 Mitglieder neu in die Partei ein.** In der folgenden Woche

waren es nochmals 29 Neueintritte. Das sind sechsmal mehr Personen als in normalen Wochen. Besonders erfreulich ist, dass die überwiegende Mehrheit dieser neuen Genossinnen und Genossen unter 40 Jahre alt ist. Parteivorsitzende Claudia Tausend zeigt sich sehr erfreut und hofft, dass der Trend anhält. Viele Menschen spürten das Gefühl, sich genau jetzt

engagieren zu müssen. Die Leute sehen derzeit, wohin Populismus führen kann und sie wollen etwas dagegen unternehmen.

Wenn die Zeiten derart politisch sind, dann entscheiden sich viele Menschen dafür, in der SPD aktiv zu werden. Knapp 5.000 Mitglieder hat die SPD bisher in München.

## Auf Vorschlag der SPD: Frank Walter Steinmeier für das Amt des Bundespräsidenten nominiert

**Nach wochenlangen Gesprächen und Spitzenrunden der drei Parteivorsitzenden von SPD, CDU und CSU konnte im November offiziell verkündet werden, dass der amtierende Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier von den Regierungsparteien für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen wird.** Das ist ein großer Erfolg für die SPD und unseren Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, der mit viel Leidenschaft und Verstand für den Vorschlag geworben hat. In einem ersten Statement hat sich Steinmeier zu dem Vorschlag geäußert: „Ich bin dankbar für dieses große Vertrauen. Aber ich erkenne

darin auch das Maß der Verantwortung für einen künftigen Bundespräsidenten. Die Verunsicherung in unserer krisenbefangenen Welt ist groß. Und daher ist Vertrauen in Demokratie – in demokratische Institutionen und ihre Repräsentanten – ein wichtiges Gut; eine Ressource aber, die nicht garantiert ist, die knapp ist, und um die wir ringen müssen. Ich will die Verantwortung, die in diesem Befund steckt, annehmen; und ich will sie hineinragen in unsere Gesellschaft. (...) Ein Bundespräsident kann die Welt nicht einfacher machen, als sie ist. Ein Bundespräsident darf kein Vereinfacher sein – er muss

Mutmacher sein! Ich will die Kräfte wecken, die in dieser Gesellschaft stecken; ich will sie wertschätzen und fördern. Dafür will ich mein Bestes geben.“

Wir freuen uns sehr, dass Sigmar Gabriel sich mit dem Personalsvorschlag gegenüber Angela Merkel und Horst Seehofer durchsetzen konnte. Wir werden ihn am 12. Februar 2017 in der Bundesversammlung aus voller Überzeugung wählen.

**Frank Walter Steinmeier bringt alle Voraussetzungen mit, ein guter und sowohl im In- als auch im Ausland geschätzter Bundespräsident zu werden. Unser Vertrauen hat er!**

## Trauer um Hildegard Hamm-Brücher

Die ehemalige FDP-Politikerin und Kandidatin für das Bundespräsidentenamt starb im Alter von 95 Jahren. Nun trauern wir um diese Grande

Dame, die maßgeblichen Einfluss auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland genommen hat. Hamm-Brücher lebte bis zuletzt im Münchner Süden.

Am Montag, den 19. Dezember fand die Trauerfeier in der Münchner St.-Lukas Kirche statt.

# Florian Post

Termine im Dezember



V.l.n.r.: General Ansgar Rieks, Florian Post und der Inspekteur der Marine, Admiral Krauss.



## AIRBUS Helicopters in Donauwörth

Florian Post nahm bei den Feierlichkeiten zum Erstflug des neuen Marine-Hubschraubers Sea Lion am 8. Dezember teil. Dieser Hubschrauber wird bei den SAR-Rettungsmissionen auch als Seenotrettungshubschrauber eingesetzt werden. Die Marine erhält 18 dieser neuen Maschinen. Dadurch werden mehrere 1000 Arbeitsplätze in Deutschland in einem Hochtechnologie-Sektor gesichert.



## Weihnachtsfeier des VdK Schwabing-Freimann

Florian Post nahm am 4. Dezember bei der Weihnachtsfeier des VdK Schwabing-Freimann teil. Vielen Dank an den Vorsitzenden Sigi Moser für die Einladung.



Herzlichen Dank auch vor allem an Stadträtin Julia Schönfeld-Knor und die Moosacher SPD für die tolle Organisation und die Einladung!

## Bürgergespräch Pelkovenschlössl Moosach



Florian Post moderiert das Nikolaus-Quiz mit anschließender Verteilung der Geschenke

# Claudia Tausend

Termine im Dezember

## Jahresparteitag

### Panel IG-Metall



Claudia Tausend diskutiert über die Zukunft der EU nach dem Brexit auf dem Europapolitischen Tag der IG Metall in Berlin.

### Besuchergruppe



Besuch von Studentinnen und Studenten der Hochschule München in Begleitung von Stefan Rappenglück in Berlin. Eine spannende Diskussion!



Mitte November wählten die 116 Delegierten des Jahresparteitages der Münchner SPD den gesamten Vorstand für zwei Jahre.

Sie bestätigten Claudia Tausend mit großer Mehrheit als Vorsitzende im Amt der Vorsitzenden.



### Landesvertreterversammlung



Claudia Tausend wurde von der Landesvertreterversammlung der BayernSPD auf den sehr guten 12. Platz auf der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 nominiert. Mit Dr. Mike Malm, Birgit Volk und Marina Achhammer sowie Markus Rinderspacher und Gerhard Riewe freut sie sich hier über das gute Ergebnis von 92,8% Zustimmung.

### Weihnachtsfeier VdK Au



Stimmungsvolle Weihnachtsfeier beim VdK Au. Claudia Tausend mit Tilla Meyer und Nicole Meyer vom VdK, Stadträtin Bettina Messinger, Bezirksrat Mike Malm und dem Nikolaus mit Engeln.

### Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a  
80796 München

florian.post@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 94 65 38  
Fax: 089 - 18 94 65 39  
facebook.com/bundestag2013  
www.florian-post.de

### Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



Oberanger 38  
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de  
Tel: 089 - 18 93 28 58  
Fax: 089 - 44 23 24 80  
facebook.com/tausendmalbesser  
www.claudia-tausend.de

### Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.